



## Gudrun Zentis

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Sprecherin für Weiterbildung und Bergbausicherheit  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Landtag NRW • Gudrun Zentis, MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Herr Dr. Kulik  
Leiter Braunkohleplanung und Ausrichtung  
RWE Power  
Stüttgenweg 2  
50935 Köln

Platz des Landtags 1  
D-40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-2024  
Fax: (0211) 884-3229  
E-Mail: [gudrun.zentis@landtag.nrw.de](mailto:gudrun.zentis@landtag.nrw.de)

Düsseldorf, 31.3.2016

Sehr geehrter Herr Dr. Kulik,

ich antworte Ihnen auf Ihren Brief vom 24.03.2016, den Ihre Mitarbeiterin Frau Diedler meiner Mitarbeiterin Frau Willkomm–Laufs am gleichen Tage übermittelt hat.

Mit Verwunderung nehme ich zur Kenntnis, dass Sie von dem an den RWE-Vorstand gerichteten, von mehreren Akteur\*innen aus der regionalen Politik und Zivilgesellschaft, zu denen auch ich gehöre, unterzeichneten Schreiben bezüglich möglicher Sondierungsgespräche zum Hambacher Forst aus den Medien erfahren haben. Eine Mail zur Kenntnisnahme des Textes ist am 22.3.16 an die folgenden E-Mailadressen versandt worden: [lars.kulik@rwe.com](mailto:lars.kulik@rwe.com); [michael.eyll-vetter@rwe.com](mailto:michael.eyll-vetter@rwe.com).

Zunächst möchte ich klar stellen, dass das Schreiben nicht an Sie gerichtet war, sondern an den Vorstand der RWE Power AG. An diesen Personenkreis erfolgte ein persönliches Anschreiben, allerdings nicht in meiner Büroverantwortung.

Sie überschätzen meinen Einfluss auf dieses Papier erheblich, wenn Sie es lediglich als Forderungen meiner Person deuten. Sie unterschätzen gleichzeitig den Kreis der Unterzeichner\*innen, sollten Sie annehmen, dass ich den unterzeichnenden Personen Inhalte nahebringen musste oder gar Formulierungshilfen geleistet habe.

Allein ein Blick auf den Kreis der Unterzeichner\*innen sollte Ihnen deutlich machen, dass gesellschaftlich relevante Gruppen, die weit über meine Person hinausgehen, eine kritische Haltung zur RWE-Unternehmenspolitik unter anderem im Hambacher Forst einnehmen. Zu glauben, dass allein eine Gruppe von Aktivist\*innen den Braunkohleabbau und die damit einhergehenden negativen Auswirkungen auf Natur und Umwelt kritisiert, ist falsch.

Der Berichterstattung in der Aachener Zeitung habe ich folgende Einschätzung entnommen: „Nach Informationen unserer Zeitung war RWE durchaus bereit, über den Erhalt der Reste des Hambacher Forsts zu verhandeln“. Ich freue mich, dass scheinbar auch die RWE Power AG ein Interesse hat, über eine vernünftige Lösung des Konflikts zu verhandeln. Umso mehr finde ich schade, dass die Verantwortlichen des Unternehmens nicht bereits im Januar auf den Vorschlag des Kreises Düren, ein Schlichtungsverfahren zu initiieren, reagiert haben, um weitere Eskalationen im Hambacher Forst möglicherweise zu vermeiden.

Realistische Forderungen des Unternehmens RWE für Gespräche sind mir nicht bekannt. Einem Kreis gesprächsbereiter Menschen aufzuerlegen, Gewalttaten einzustellen, die diese nicht begehen, nicht zu vertreten haben und nicht rechtfertigen können, ist kein Indiz für tatsächliche Gesprächsbereitschaft. Im vorletzten Absatz unseres Schreibens findet sich der Satz „Wir wollen nicht, dass bei den Auseinandersetzungen Menschen gefährdet werden“. Diesen scheinen Sie im Eifer ihrer Gegenwehr wohl nicht wahrgenommen zu haben. Ich stehe – genau wie die weiteren Unterzeichner\*innen und meine Partei – also sehr wohl zur Gewaltfreiheit. Dementsprechend verbitte ich mir jegliche Unterstellung, Sympathien für kriminelle Handlungen zu hegen.

Wenn Sie sich schon auf die von meiner Kollegin Frau Schaeffer und mir organisierten Runden Tische zur Gewalt im Hambacher Forst beziehen, die wir im Landtag mehrfach ausgerichtet haben, dann bitte ich Sie, sich doch genauer über meine Position bei den Herren Eyll-Vetter und Kehren zu informieren.

Ihr Schreiben vermittelt den Eindruck, es ginge Ihnen nur um die Aktivisten\*innen. Sie führen an, was Sie bereits unternommen haben, um mit diesen in einen Dialog einzusteigen und resümieren, dass Sie damit keinen Erfolg hatten. Sie führen an, dass Vertreter\*innen des Unternehmens und des Betriebsrates am vergangenen Dienstag beim Treffen zur Unterzeichnung des Ihnen auch zugegangenen Papiertes den direkten Austausch gesucht hätten und des Saals verwiesen worden seien. Dies entspricht überhaupt nicht meiner Wahrnehmung der Situation, die ich Ihnen im Folgenden gerne schildern möchte:

1. Als ich zum Kreishaus Düren kam, stand eine Gruppe Menschen vor dem Kreishaus. Ich konnte nicht erkennen, dass es sich um Mitarbeiter\*innen oder ehemalige Mitarbeiter\*innen von RWE handelte.
2. Als ich den Sitzungsraum im Kreishaus betrat, stand dort ein mir nicht bekannter Herr, der sich im Gespräch mit einer Kollegin befand. Diese bat mich dazu. Der Herr gab an, an dem Treffen teilnehmen zu wollen. Auf mehrmalige Nachfrage erfuhr ich dann zunächst, dass der Name des Herrn Luchtenberg lautet. Durch weitere wiederholende Nachfrage, erklärte Herr Luchtenberg, dass er in einem Beschäftigungsverhältnis mit RWE stehe. Da ich weder Einladende der Veranstaltung war, noch im Kreishaus Düren Hausrecht habe, schlug ich vor, dass die Gruppe über eine Teilnahme von Herrn Luchtenberg entscheiden solle. Dies war für Herrn Luchtenberg, der mir seine Tätigkeit in Ihrem Unternehmen nicht preisgeben wollte, meiner Wahrnehmung nach akzeptabel.
3. Zwischenzeitlich hatte sich die Gruppe, die ich vor dem Kreishaus Düren gesehen hatte, dicht vor die offene Tür gestellt. Ich erhielt die Auskunft, dass diese Gruppe Mitarbeiter\*innen oder ehemalige Mitarbeiter\*innen ihres Unternehmens seien, die ebenfalls in den Raum wollten. Ich habe diese Gruppe weder als ruhig, noch als unaufgeregt wahrgenommen, was ich aus ihrer Perspektive als RWE-Mitarbeiter\*innen auch nachvollziehbar finde.
4. Im Raum nahm ich wahr, dass sich einige der Unterzeichner\*innen bedroht fühlten, als sie sich an der Gruppe der RWE Mitarbeiter\*innen vorbei in den Raum zwängen mussten.

5. Die RWE-Mitarbeiter\*innen waren für mich unangekündigt zu einem mit einem anderen Personenkreis verabredeten Termin erschienen – meiner Wahrnehmung nach, um ihr Missfallen am Vorgehen der Unterzeichner\*innen zu artikulieren.
6. Es waren keine Aktivisten\*innen aus Wiese oder Wald anwesend.

Gerade der letzte Punkt ist entlarvend für das von Ihnen gern vermittelte Verständnis von Dialog in der Öffentlichkeit.

Einem Gesprächswunsch mit Ihren Mitarbeiter\*innen oder dem Betriebsrat komme ich selbstverständlich gerne nach. Meine Mitarbeiterin Frau Busalt-Schroeder hat in den vergangenen Wochen mehrfach zur Terminfindung Kontakt mit Ihrer Mitarbeiterin Frau Lacroix-Kratz aufgenommen, bislang leider ohne Erfolg! Da Frau Lacroix-Kratz trotz etlicher telefonischer Versuche zwischen dem 10.02. und 15.02. nicht erreichbar war, ist sie am 15.02.2016 zwecks Terminvereinbarung angemailt worden. Am 17.02. erhielten wir die Antwort, dass in der Folgewoche Kontakt aufgenommen würde. Am 29.02. ist an dieses Kontaktversprechen unsererseits erinnert worden. Am 01.03. erhielten wir dann die Nachricht, dass ein Gespräch nur möglich sei am 30.03. oder 31.03., das Gespräch solle mit drei weiteren freigestellten Betriebsratskollegen in ihrem Büro und nicht entsprechend meines Angebotes in Düsseldorf oder Düren stattfinden. Da ich diese Termine nicht annehmen konnte und es so schien, als ob vor dem 30.03. kein anderer Termin möglich sei, unterbreiteten wir am 02.03. folgende Terminangebote: Mittwoch, 6. April, in der Spanne 10 bis 11.30 Uhr, Montag, 11. April, in der Spanne 9 bis 11 Uhr, Donnerstag, 28. April, in der Spanne 9 bis 10.30 Uhr.

Die Absage dieser Termine erreichte uns drei Wochen später am 23.03. mit einem Angebot folgender Termine: Dienstag, 12.04.2016 ab 09:00 Uhr, Donnerstag, 14.04.2016 ab 10:30 Uhr, Dienstag, 19.04.2016 ab 10:00 Uhr. Diese Termine kann ich wiederum nicht in Hambach wahrnehmen, da ich sitzungsbedingt in Düsseldorf sein muss. Ihre Terminangebote erreichten mich zudem mit der Auflage, nur über die Vorkommnisse im Hambacher Forst reden zu wollen, nicht über ein mögliches Schlichtungsverfahren oder Sicherheit der Arbeitsplätze. Für mich sind durch diese Auflagen keine Deeskalationsabsichten oder die Bereitschaft über Schritte in die Zukunft zu diskutieren erkennbar.

Ich bedaure diese Verzögerungen zutiefst, da mir sehr an der Zukunft der RWE-Mitarbeiter\*innen gelegen ist, die sich auf veränderte wirtschaftliche Verhältnisse einstellen müssen. So habe ich bereits im November 2014 im Landtag die Veranstaltung „Was kommt, wenn der Tagebau geht“ ausgerichtet, bei der sich auch Mitarbeiter ihres Unternehmens zukunftsweisend für die Zeit nach dem Braunkohleabbau eingebracht haben. Für diese Mitarbeit bin ich dankbar.

Ein Strukturwandel im Rheinischen Revier steht bevor. Dies haben SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Koalitionsvertrag 2010 erstmals und im Koalitionsvertrag 2012 erneut beschrieben. Die IRR ist entstanden, in der Sie sich auch persönlich im Aufsichtsrat einbringen. Dass Sie die Interessen Ihres Unternehmens dort zu vertreten haben und ich die Interessen aller Menschen der Region führt uns zusammen. Ich hoffe sehr, dass wir den begonnenen Aufbruch der IRR gemeinsam erfolgreich fortsetzen.

Denn nicht nur wir GRÜNE sehen, dass die Braunkohle in Zukunft nicht mehr das prägende Element der Region sein kann und wird. Selbst der IGBCE-Vorsitzende Vassiliadis hat sich in der Presse wie folgt geäußert: „Mit der Braunkohle lässt sich

noch mindestens 15 Jahre Geld verdienen. Danach wird es schwierig“. Er hat sich für ein Fonds-Modell für die Jahre danach ausgesprochen. Diese Zeit müssen wir jetzt planen, um Ihre Arbeitnehmer\*innen sowie die weiteren Menschen in der Region vor unangenehmen Überraschungen zu schützen.

In der Wirtschaftswoche war im Dezember 2015 zu lesen:

„Intern ist der Abschied von der Braunkohle längst ausgemacht. Doch schon heute ist klar, dass von der alten RWE nicht viel übrig bleiben wird. Denn mit der Neuordnung bereitet Terium zugleich einen Wandel des Konzerns vor, der dem durch den Abschied vom Atom ausgelösten durchaus ebenbürtig ist: den langsamen Ausstieg aus der klimaschädlichen Braunkohle. Intern ist das längst ausgemacht. ‚Nach dem Ende der Kernenergie kommt nun der schleichende Ausstieg aus der Kohle‘, sagte RWE-Vizechef Rolf Martin Schmitz auf der Jahrestagung des Berliner Instituts für Energie- und Regulierungsrecht vor knapp drei Wochen in exklusiver Runde.“

Ich hoffe sehr, dass eine sachliche Auseinandersetzung in Zukunft möglich ist und erwarte hoffnungsvoll das Gesprächsangebot des RWE-Vorstandes an die Unterzeichner\*innen des Schreibens vom 22.03.2016.

Mit freundlichen Grüßen



Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, dass ich dieses Schreiben unseren Gesprächspartner\*innen in der Region zur Kenntnis bringe und erbitte mir von Ihnen einen gleichfalls offenen Dialog in Ihren Strukturen.